

Inhaltsübersicht

Danksagung	5
Inhaltsverzeichnis	11
Abkürzungsverzeichnis	21
A. Einleitung	23
I. Die Ausgangslage der Debatte	23
II. Problemstellung und Gang der Untersuchung	25
1. Problem: Beteiligungsrechte nichtstaatlicher Akteure in der Streitschlichtung internationaler Handelsübereinkommen	25
2. Gang der Darstellung	26
B. Internationale Handelsabkommen und Streitschlichtung	28
I. Grundlagen	28
1. Formen der Außenhandelspolitik	28
2. Wirtschaftliche Integration und regionale Handelsabkommen	32
II. Das Multilaterale Handelssystem	34
1. Historischer Überblick über das GATT	34
2. Das GATT – Organe, Aufbau und Prinzipien	35
3. Die WTO	37
4. Das Verhältnis von regionalen Handelsabkommen zur WTO	47
5. WTO-plus-Abkommen	52
6. Exkurs und Vergleich zu Investitionsschutzabkommen	54
III. Streitbeilegung im Völkerrecht	55
1. Zum Begriff des Streits und der völkerrechtlichen Streitbeilegung	55
2. Formen friedlicher Streitbeilegung	57
3. Einordnung der völkerrechtlichen Streitbeilegung und ihre Funktionen	60
4. Besonderheiten der Streitbeilegung im Wirtschaftsvölkerrecht	61
IV. Die Entwicklung der Streitbeilegung in internationalen Handelsübereinkommen	62
1. Die Streitbeilegung im GATT	63
2. Die Streitbeilegung der WTO – Das Dispute Settlement Understanding (DSU)	65
3. Kritik am DSU und Reformvorschläge	76
4. Streitbeilegung in bilateralen Handelsabkommen	77
5. Investitionsstreitverfahren	79
C. Die Beteiligung nichtstaatlicher Akteure in internationalen Handelsabkommen	82

I.	Auswirkungen der Internationalisierung staatlicher Befugnisse – Die WTO und Demokratie	83
1.	Souveränitätsbeschränkung durch Handelsübereinkommen	84
2.	Demokratiedefizite durch Internationalisierung politischer Entscheidungen	84
II.	Interessen und Konflikte in WTO-Rechtsstreitigkeiten	89
1.	Allgemeine Voraussetzungen zur effektiven politischen Einflussnahme durch Private	89
2.	Kriterien zur Einordnung und Unterscheidung nichtstaatlicher Einflussgruppen	90
3.	Zivilgesellschaft und "Non-Governmental-Organisations" (NGOs)	92
4.	Demokratische Einflüsse in der Streitschlichtung durch die Beteiligung von NGOs	94
D.	Beteiligungsformen für nichtstaatliche Akteure	96
I.	Unmittelbare Beteiligung – Klagerecht für Private	97
1.	Allgemeines zu Investitionsschutzabkommen	98
2.	Investitionsschutz	100
3.	Das ICSID als Modell für den Schutz vor Handelsbeeinträchtigungen	101
4.	Ergebnis	103
II.	Formen mittelbarer Beteiligung nichtstaatlicher Akteure	104
1.	Section 301 US Trade Act	104
2.	Die EG-Handelshemmnis Verordnung ("Trade Barriers Regulation" – TBR)	111
3.	Regierungen als mittelbare Vertreter privater Interessen	118
4.	Zusammenfassung und Ergebnis	122
III.	Die unmittelbare Anwendbarkeit oder Direktwirkung des WTO-Rechts	123
1.	Die direkte Wirkung von internationalen Handelsübereinkommen und ihre Bedeutung	124
2.	Die Direktwirkung der WTO-Panel- und Appellate Body-Berichte	129
3.	Die unmittelbare Wirkung der Regelungen bilateraler und regionaler Handelsabkommen der EG	130
4.	Zusammenfassung und Ergebnis	131
5.	Der Wert einer unmittelbaren Wirkung von Handelsabkommen für nichtstaatliche Akteure	131
E.	Die Beteiligung nichtstaatlicher Akteure über amicus curiae briefs	133
I.	Amicus curiae briefs – Definition, Ursprung und Geschichte	133
1.	Definition	133
2.	Ursprung und Wesen	133
3.	Amicus curiae briefs heute – Rechtsvergleichender Überblick	134

II. Amicus curiae briefs in der WTO	136
1. Die Regelungen des Dispute Settlement Understanding (DSU)	136
2. Entwicklungsgeschichte – die Fälle	136
3. Der rechtliche Rahmen des DSU zur Einbeziehung von amicus curiae-Schriftsätzen	148
4. Zusammenfassung und Zwischenergebnis	151
III. Diskussion und politische Argumente	152
1. Argumente für die Einbeziehung von amicus curiae briefs	152
2. Politische Argumente gegen die Einbeziehung von amicus curiae briefs	153
3. Stellungnahme	154
4. Die unterschiedlichen Positionen zur Berücksichtigung von amicus curiae-Schriftsätzen	155
5. Ausblick	157
IV. Amicus curiae briefs in Streitbeilegungssystemen bilateraler Handelsabkommen	157
1. Die Ausgestaltung der Regelungen der US-Abkommen	158
2. Die Ausgestaltung der Regelungen der EG/EFTA-Chile-Abkommen	162
3. Erklärungsansätze	165
4. Zusammenfassung und Stellungnahme	168
F. Einflussmöglichkeiten für nichtstaatliche Akteure durch Transparenz und Öffentlichkeit der Streitbeilegungsverfahren	169
I. Überblick über Transparenz in der Streitbeilegung	169
1. Transparenz und Öffentlichkeit in der Streitschlichtung	169
2. Formen und Abstufungen von Transparenz	171
3. Geheimhaltung	171
4. Berechtigte und Verpflichtete	172
II. Öffentlichkeit und Transparenz in nationalen Gerichtsverfahren und in der Streitbeilegung internationaler Handelsabkommen	173
1. Das Öffentlichkeitsprinzip deutscher Gerichte	174
2. Schranken – Kollidierende Interessen	177
3. Das gerichtliche Öffentlichkeitsprinzip im europäischen Gemeinschaftsrecht	178
4. Der Öffentlichkeitsgrundsatz in verschiedenen EU-Staaten	180
5. Transparenz in US-amerikanischen Gerichtsverfahren	181
6. Völkerrechtliche Regelungen zur Öffentlichkeit gerichtlicher Verfahren	181
7. Ausschluss der Öffentlichkeit in Verfahrensordnungen des Wirtschaftsrechts	182
8. Zwischenergebnis	182
III. Transparenz in der WTO und in der WTO-Streitbeilegung	182
1. Transparenz und Welthandel	183

2. Transparenz in der Streitschlichtung der WTO	185
3. Transparenz im Streitbeilegungsverfahren – Elemente und Defizite	186
4. Tendenzen in der WTO – Öffentlichkeit nach Parteizustimmung?	190
5. Zusammenfassung	191
IV. Transparenz in WTO-plus-Abkommen	192
1. Die Bestimmungen zu Transparenz in den US-Abkommen	192
2. Die Bestimmungen zu Transparenz im EG-Chile-Abkommen	197
3. Zusammenfassung	199
V. Transparenz und Öffentlichkeit in der WTO-Streitschlichtung als Beteiligungsmöglichkeiten	200
1. Besondere Aspekte hinsichtlich der Öffnung der DSU-Sitzungen	200
2. Stellungnahme	203
G. Schlussbetrachtung	205
Literaturverzeichnis	207
Annex – Vorschriftensammlung	224
A. Rules of Procedure – Amicus Curiae Briefs & Transparency	225
I. Additional Procedure	225
II. Rules of the US Supreme Court	226
III. Bilaterale Abkommen	228
B. Transparency – Consultations	234
I. EG-Chile	234
II. Consultations – US-Bilaterals	235
C. Tabellarische Übersicht der von den Abkommen umfassten Sektoren	240

Inhaltsverzeichnis

Danksagung	5
Inhaltsübersicht	7
Abkürzungsverzeichnis	21
A. Einleitung	23
I. Die Ausgangslage der Debatte	23
II. Problemstellung und Gang der Untersuchung	25
1. Problem: Beteiligungsrechte nichtstaatlicher Akteure in der Streitschlichtung internationaler Handelsübereinkommen	25
2. Gang der Darstellung	26
B. Internationale Handelsabkommen und Streitschlichtung	28
I. Grundlagen	28
1. Formen der Außenhandelspolitik	28
1.1 Argumente für freien Handel	30
a) Spezialisierungsvorteile und Ausdehnung der Absatzmärkte	30
b) Innovationssteigerung	30
c) Verteilung von Produktionsfaktoren und Gütern bei Übersversorgung	30
d) Vermeidung internationaler Konflikte	31
1.2 Argumente gegen freien Handel	31
a) Protektionismus als Bedingung zur Schaffung von Wettbewerbsfähigkeit	31
b) Das "race to the bottom" durch unregulierten Wettbewerb	31
2. Wirtschaftliche Integration und regionale Handelsabkommen	32
II. Das Multilaterale Handelssystem	34
1. Historischer Überblick über das GATT	34
2. Das GATT – Organe, Aufbau und Prinzipien	35
2.1 Die Gründungsprinzipien des GATT	36
2.2 Die Entwicklung vom GATT zur WTO – Die Uruguay-Runde	36
3. Die WTO	37
3.1 Die Prinzipien der WTO	37
a) Prinzip der Handelsliberalisierung	38
b) Die Grundsätze der Nichtdiskriminierung, der Meistbegünstigung und der Inländerbehandlung	38
c) Reziprozitätsgrundsatz ("Principle of Reciprocity")	38
d) Das praktische Problem einer fortlaufenden reziproken Liberalisierung	39
e) Das Transparenzprinzip der WTO	39
3.2 Überblick über die materiellen Inhalte des WTO-Rechts	40
a) GATT	40

b) GATS	41
c) TRIPS	41
3.3 Der Aufbau der WTO	42
a) Die Ministerkonferenz ("Ministerial Conference")	42
b) Der Allgemeine Rat ("General Council")	42
c) Die Räte des GATT, GATS und TRIPS	43
d) Das Sekretariat und der Generaldirektor	43
3.4 Die Beschlussfassung in der WTO	43
3.5 Die Ministerkonferenzen der WTO und die Doha Development Agenda	44
4. Das Verhältnis von regionalen Handelsabkommen zur WTO	47
4.1 Vorteile eines regionalen Handelsabkommens gegenüber dem multilateralen System	48
a) Bevorzugte Handelspartner	48
b) Erleichterte Konsensfindung	48
c) Zuwachs an wirtschaftspolitischer Bedeutung	49
d) "Integrationsdruck" durch einen faktischen Handelsausschluss	49
4.2 Negative Aspekte eines Zusammenschlusses zu einem RTA	49
4.3 Die Regelungen der WTO	50
4.4 Wirkungen zwischen regionalen und multilateralen Übereinkommen	51
4.5 Zusammenfassung und aktuelle Einschätzung	51
5. WTO-plus-Abkommen	52
5.1 Die Abkommen der USA	52
5.2 Das EG-Chile-Abkommen	53
6. Exkurs und Vergleich zu Investitionsschutzabkommen	54
III. Streitbeilegung im Völkerrecht	55
1. Zum Begriff des Streits und der völkerrechtlichen Streitbeilegung	55
2. Formen friedlicher Streitbeilegung	57
2.1 Verhandlungen ("negotiations") und Konsultationen ("consultations")	57
a) Vorzüge von Verhandlungen für die Streitbeilegung	58
b) Nachteile der Streitbeilegung durch Verhandlungen	58
2.2 Schiedsverfahren ("arbitration")	59
2.3 Gerichtsverfahren ("judicial settlement")	60
2.4 Streitbeilegung im Rahmen internationaler Organisationen und völkerrechtlicher Verträge	60
3. Einordnung der völkerrechtlichen Streitbeilegung und ihre Funktionen	60
3.1 Funktionen der völkerrechtlichen Streitbeilegung	60
3.2 Rechtsorientierte und diplomatische Streitschlichtung	61
4. Besonderheiten der Streitbeilegung im Wirtschaftsvölkerrecht	61
4.1 Komplexität und Dynamik des Wirtschaftsvölkerrechts	61
4.2 Struktur internationaler Wirtschaftsorganisationen	62
IV. Die Entwicklung der Streitbeilegung in internationalen Handelsübereinkommen	62
1. Die Streitbeilegung im GATT	63
1.1 Das Streitbeilegungsverfahren im GATT	63
1.2 Die Vor- und Nachteile der GATT-Streitschlichtung	64

2. Die Streitbeilegung der WTO – Das Dispute Settlement Understanding (DSU)	65
2.1 Aufbau, Organe und Verfahrensbeteiligte	65
a) Der Dispute Settlement Body (DSB)	65
b) Die Panels	66
c) Der Appellate Body	66
d) Verfahrensbeteiligte und Einflussgruppen	67
aa) Parteien, Intervenienten und die Vertretung durch private Rechtsbeistände	67
bb) WTO-Mitglieder als "Dritte"	68
cc) Das Sekretariat	69
dd) Nicht-WTO-Mitglieder und nichtstaatliche Akteure	70
2.2 Das Verfahren	70
a) Das Konsultationsverfahren	70
b) Das Panelverfahren	71
aa) Der Ablauf des Panelverfahrens	71
bb) Verfahrensgrundsätze im Panelverfahren	72
cc) Die Annahme des Panelberichts	72
c) Das Rechtsmittelverfahren	73
d) Die Annahme der Panel- und Appellate Body-Berichte	73
aa) Entscheidungen und Empfehlungen	73
bb) Umfang der Entscheidungsbefugnis	74
e) Die Implementierungsphase	74
2.3 Zusammenfassende Darstellung der Veränderungen des Streitbeilegungsverfahrens	75
3. Kritik am DSU und Reformvorschläge	76
4. Streitbeilegung in bilateralen Handelsabkommen	77
4.1 Die US-Abkommen	77
4.2 Das EG-Chile-Abkommen	78
5. Investitionsstreitverfahren	79
5.1 Besonderheiten in Investitionsstreitigkeiten	79
5.2 Das ICSID-Verfahren	79
a) Aufbau und Organisation	80
b) Besetzung des ICSID-Panel und Ablauf des ICSID-Verfahrens	80
C. Die Beteiligung nichtstaatlicher Akteure in internationalen Handelsabkommen	82
I. Auswirkungen der Internationalisierung staatlicher Befugnisse – Die WTO und Demokratie	83
1. Souveränitätsbeschränkung durch Handelsübereinkommen	84
2. Demokratiedefizite durch Internationalisierung politischer Entscheidungen	84
2.1 Demokratische Defizite durch die Internationalisierung	85
a) Defizite durch Kompromisslösungen	85
b) Defizite durch Entfernung und Entfremdung der Entscheidungsfindung	85
c) Legitimationsfragen – Demokratiedefizit internationaler Handelsabkommen	85

d) Demokratiedefizit durch Souveränitätsbeschränkung	86
2.2 Das Demokratiedefizit in der Streitbeilegung internationaler Handelsabkommen	86
a) Faktische Probleme in handelsbezogenen Bereichen	87
b) Das Demokratiedefizit in der Besetzung der Streitschlichtungsgremien	88
c) Wirkung	88
d) Ergebnis	88
II. Interessen und Konflikte in WTO-Rechtsstreitigkeiten	89
1. Allgemeine Voraussetzungen zur effektiven politischen Einflussnahme durch Private	89
2. Kriterien zur Einordnung und Unterscheidung nichtstaatlicher Einflussgruppen	90
2.1 Einordnung entsprechend dem wirtschaftlichem Hintergrund der Akteure	90
2.2 Einordnung nach ihrer Haltung gegenüber dem Freihandel	90
2.3 Einordnung aufgrund thematischer Ausrichtung und der Ziele	91
2.4 Zwischenbetrachtung und mögliche Rückschlüsse	92
3. Zivilgesellschaft und "Non-Governmental-Organisations" (NGOs)	92
4. Demokratische Einflüsse in der Streitschlichtung durch die Beteiligung von NGOs	94
D. Beteiligungsformen für nichtstaatliche Akteure	96
I. Unmittelbare Beteiligung – Klagerecht für Private	97
1. Allgemeines zu Investitionsschutzabkommen	98
1.1 Der Begriff der Investition	98
1.2 Das wechselseitige Interesse am Investitionsschutz	99
1.3 Beeinträchtigungen von Investitionen	99
2. Investitionsschutz	100
3. Das ICSID als Modell für den Schutz vor Handelsbeeinträchtigungen	101
3.1 Argumente für die Übertragbarkeit des Investitionsschutzregimes	101
a) Der Zusammenhang zwischen Handel und Investitionen	101
b) Vergleichbarkeit der Wirkungen von Beeinträchtigungen	102
3.2 Elementare Unterschiede zwischen Investitionen und Handel	102
a) Existenzgefährdende Wirkung einer Beeinträchtigung von Investitionen als Regelfall	102
b) Das staatliche Interesse an Investitionen und an Importen als Anknüpfungspunkt	103
c) Überschaubarkeit der Investorenzahl	103
4. Ergebnis	103
II. Formen mittelbarer Beteiligung nichtstaatlicher Akteure	104
1. Section 301 US Trade Act	104
1.1 Materielle Voraussetzungen	105
a) Obligatorisches Einschreiten ("mandatory action") bei Beeinträchtigungen der Rechte aus einem Handelsabkommen	106

b) Fakultatives Einschreiten ("discretionary action")	107
1.2 Die Abschnitte des Section 301-Verfahrens	107
a) Das Antragsverfahren	107
b) Die Entscheidung über die Verfahrenseinleitung	108
c) Das Untersuchungsverfahren	108
aa) Die nationalen Ermittlungen und Untersuchungen	109
bb) Konsultationen mit dem ausländischen Staat	109
cc) Die Einleitung eines Streitbeilegungsverfahrens und die Stellung Privater	109
d) Die abschließende Entscheidung und die Ergreifung von Gegenmaßnahmen	110
1.3 Zusammenfassung und Ergebnis	111
2. Die EG-Handelshemmnis Verordnung ("Trade Barriers Regulation" – TBR)	111
2.1 Materielle Voraussetzungen	112
2.2 Das Verfahren	113
a) Das Antragsverfahren	113
aa) Der Antrag auf Schutz vor Importkonkurrenz ("Second Track")	113
bb) Der Antrag auf ein Verfahren auf Marktöffnung ("First Track")	113
b) Die Entscheidung über die Einleitung eines Untersuchungsverfahrens	114
c) Das Untersuchungsverfahren	115
d) Abschließende Entscheidung	115
e) Die Durchführung des Streitbeilegungsverfahrens und die Ergreifung von Gegenmaßnahmen	116
2.3 Zusammenfassung und Ergebnis	117
3. Regierungen als mittelbare Vertreter privater Interessen	118
3.1 Allgemeine Formen wirtschaftspolitischer Interessenvertretung	119
3.2 Entscheidungsfaktoren für die Einleitung staatlicher Maßnahmen	120
3.3 Nichtstaatliche Akteure als faktische Parteien im DSU	121
a) Der "Kodak-Fuji"-Fall	121
b) Zwischenbetrachtung	122
4. Zusammenfassung und Ergebnis	122
III. Die unmittelbare Anwendbarkeit oder Direktwirkung des WTO-Rechts	123
1. Die direkte Wirkung von internationalen Handelsübereinkommen und ihre Bedeutung	124
1.1 Allgemeine Voraussetzungen einer unmittelbaren Anwendung völkerrechtlicher Normen	124
1.2 Die direkte Wirkung des GATT-Übereinkommens	125
1.3 Die direkte Wirkung des WTO-Übereinkommens	125
a) Geeignetheit des WTO-Rechts zur unmittelbaren Anwendung	125
b) Überblick über allgemeine Positionen der WTO-Mitglieder zur Direktwirkung	126
c) Die Direktwirkung des WTO-Rechts in der EG	126

d) Direktwirkung des WTO-Rechts im Recht weiterer WTO-Mitglieder	127
1.4 Zwischenergebnis	128
2. Die Direktwirkung der WTO-Panel- und Appellate Body-Berichte	129
3. Die unmittelbare Wirkung der Regelungen bilateraler und regionaler Handelsabkommen der EG	130
4. Zusammenfassung und Ergebnis	131
5. Der Wert einer unmittelbaren Wirkung von Handelsabkommen für nichtstaatliche Akteure	131
E. Die Beteiligung nichtstaatlicher Akteure über amicus curiae briefs	133
I. Amicus curiae briefs – Definition, Ursprung und Geschichte	133
1. Definition	133
2. Ursprung und Wesen	133
3. Amicus curiae briefs heute – Rechtsvergleichender Überblick	134
3.1 Amicus curiae briefs im common law	134
3.2 Amicus curiae briefs im US-amerikanischen Recht	134
3.3 Amicus curiae briefs in civil law-Rechtsordnungen	135
3.4 Zusammenfassung	135
II. Amicus curiae briefs in der WTO	136
1. Die Regelungen des Dispute Settlement Understanding (DSU)	136
2. Entwicklungsgeschichte – die Fälle	136
2.1 "US-Shrimp"	136
2.2 Die Entwicklung nach dem "US-Shrimp"-Verfahren	139
a) Der Panelbericht in "Australia-Salmon"	139
b) Der Panelbericht in "US-Copyright Act"	139
c) Der Panelbericht in "EC-Antidumping"	140
d) Entwicklungen in "US-Lead"	140
2.3 "EC-Asbestos"	141
a) Das Panelverfahren in "EC-Asbestos"	141
b) Das Appellate Body-Verfahren in "EC-Asbestos"	142
c) Auswirkungen des Vorgehens auf die WTO-Mitglieder	143
d) Der Appellate Body-Bericht in "EC-Asbestos"	144
2.4 Die Folgen des "EC-Asbestos"-Berichtes	144
a) Die weitere Praxis in "US-Shrimp"	145
b) Der Appellate Body-Bericht in "Thailand-Angles"	145
c) Der Appellate Body in "US-Certain Products"	146
d) Der Appellate Body im "Sardinienfall"	146
e) Aktuelle Verfahren	147
2.5 Tendenzen in der Verfahrenspraxis der WTO-Streitbeilegungsgremien	147
3. Der rechtliche Rahmen des DSU zur Einbeziehung von amicus curiae-Schriftsätzen	148
3.1 Das Zusammenspiel der Art. 11, 12 und 13 DSU als Rechtsgrundlage für die Panels	148

3.2	Die rechtliche Grundlage für den Appellate Body	149
3.3	Rechtliche Gegenargumente	149
a)	Rechtliche Argumente gegen die Berücksichtigung von amicus curiae-Schriftsätzen durch die Panels	149
b)	Rechtliche Argumente gegen die Berücksichtigung von amicus curiae-Schriftsätzen durch den Appellate Body	150
4.	Zusammenfassung und Zwischenergebnis	151
III.	Diskussion und politische Argumente	152
1.	Argumente für die Einbeziehung von amicus curiae briefs	152
2.	Politische Argumente gegen die Einbeziehung von amicus curiae briefs	153
3.	Stellungnahme	154
4.	Die unterschiedlichen Positionen zur Berücksichtigung von amicus curiae-Schriftsätzen	155
4.1	Unterschiedliche Beurteilungen der Debatte	156
4.2	Stellungnahme zu den Positionen	156
4.3	Vorschläge zur Formalisierung von amicus curiae briefs	156
5.	Ausblick	157
IV.	Amicus curiae briefs in Streitbeilegungssystemen bilateraler Handelsabkommen	157
1.	Die Ausgestaltung der Regelungen der US-Abkommen	158
1.1	Amicus curiae briefs in den neueren US-Handelsabkommen	159
1.2	Erläuterungen und Besonderheiten	159
a)	Allgemein	159
b)	Die Beschränkung auf innerstaatliche Verfasser	160
c)	Die knappe Fassung der Vorschrift	160
d)	Vermeidung des Begriffs "amicus curiae briefs"	161
e)	Beschränkung auf non-governmental entities	161
1.3	Zusammenfassung	162
2.	Die Ausgestaltung der Regelungen der EG/EFTA-Chile-Abkommen	162
2.1	Die Vorschrift	163
2.2	Allgemeine Erläuterungen und Besonderheiten	164
2.3	Hintergrundsanalyse und Erklärungsansätze	164
3.	Erklärungsansätze	165
3.1	Der öffentliche Druck nach einer demokratischen Beteiligung auf internationaler Ebene	165
3.2	Interessen der Verfasser von amicus curiae-Schriftsätzen und die der USA bzw. EG/EFTA decken sich weitestgehend	166
a)	NGOs sind von den Maßstäben ihrer Herkunftsländer geprägt	166
b)	Regierungen vertreten die Interessen nationaler NGOs	166
3.3	Forschungsvorsprung und hohe Forschungsdichte	167
4.	Zusammenfassung und Stellungnahme	168
F.	Einflussmöglichkeiten für nichtstaatliche Akteure durch Transparenz und Öffentlichkeit der Streitbeilegungsverfahren	169
I.	Überblick über Transparenz in der Streitbeilegung	169

1. Transparenz und Öffentlichkeit in der Streitschlichtung	169
2. Formen und Abstufungen von Transparenz	171
3. Geheimhaltung	171
4. Berechtigte und Verpflichtete	172
II. Öffentlichkeit und Transparenz in nationalen Gerichtsverfahren und in der Streitbeilegung internationaler Handelsabkommen	173
1. Das Öffentlichkeitsprinzip deutscher Gerichte	174
1.1 Der Begriff "Öffentlichkeitsprinzip"	174
1.2 Das Interesse an der Öffentlichkeit des Verfahrens	175
1.3 Inhalt des "Öffentlichkeitsprinzips"	175
1.4 Zusammenfassung: Zweck und Elemente von Transparenz und Öffentlichkeit im Gerichtsverfahren	176
2. Schranken – Kollidierende Interessen	177
2.1 Schutzbedürftigkeit von Individualinteressen	177
2.2 Gefahr des Missbrauchs durch Öffentlichkeit und Transparenz	178
3. Das gerichtliche Öffentlichkeitsprinzip im europäischen Gemeinschaftsrecht	178
3.1 Öffentlichkeit und Transparenz vor den europäischen Gerichten	178
3.2 Schranken	179
4. Der Öffentlichkeitsgrundsatz in verschiedenen EU-Staaten	180
5. Transparenz in US-amerikanischen Gerichtsverfahren	181
6. Völkerrechtliche Regelungen zur Öffentlichkeit gerichtlicher Verfahren	181
7. Ausschluss der Öffentlichkeit in Verfahrensordnungen des Wirtschaftsrechts	182
8. Zwischenergebnis	182
III. Transparenz in der WTO und in der WTO-Streitbeilegung	182
1. Transparenz und Welthandel	183
1.1 Interne Transparenz	183
1.2 Externe Transparenz	184
2. Transparenz in der Streitschlichtung der WTO	185
2.1 Transparenz und Öffentlichkeit im GATT	185
2.2 Veränderte Anforderungen an die Transparenz im Rahmen der WTO	185
3. Transparenz im Streitbeilegungsverfahren – Elemente und Defizite	186
3.1 Interne Transparenz – Öffnung für nicht beteiligte WTO-Mitglieder	187
3.2 Externe Transparenz – Öffnung für nichtstaatliche Akteure	188
a) Die Reformvorschläge und Positionen hinsichtlich einer Öffnung der DSU-Verfahren	188
b) Positionen gegen die Verfahrensöffnung	189
4. Tendenzen in der WTO – Öffentlichkeit nach Parteizustimmung?	190
4.1 Der Fall EG-Hormones	190
4.2 Bewertung und Ausblick	191
5. Zusammenfassung	191
IV. Transparenz in WTO-plus-Abkommen	192

1. Die Bestimmungen zu Transparenz in den US-Abkommen	192
1.1 Die Regelungen des Konsultationsverfahrens	193
a) Allgemeine Erläuterung der Regelung	193
b) Hintergrund und Bewertung der Regelungen	194
1.2 Die Regelungen des Schiedsverfahrens	195
a) Der Regelungstext	195
b) Der Inhalt der Regelung	195
c) Ausgestaltung und Wirkung	196
1.3 Zusammenfassende Bewertung	196
2. Die Bestimmungen zu Transparenz im EG-Chile-Abkommen	197
2.1 Die Regelungen des Konsultationsverfahrens	197
a) Der Text der Regelung	197
b) Erläuterung und Bewertung	197
2.2 Die Regelungen des Schiedsverfahrens	197
2.3 Der Inhalt der Regelung	198
2.4 Bewertung	199
3. Zusammenfassung	199
V. Transparenz und Öffentlichkeit in der WTO-Streitschlichtung als Beteiligungsmöglichkeiten	200
1. Besondere Aspekte hinsichtlich der Öffnung der DSU-Sitzungen	200
1.1 Das Interesse an Öffentlichkeit und Transparenz im WTO-Streitbeilegungsverfahren	201
1.2 Aspekte gegen eine Öffnung der DSU-Verhandlungen	202
a) Vertraulichkeit als Voraussetzung politischer Verhandlungen	202
b) Schutzwürdigkeit eines politischen und wirtschaftlichen Geheimhaltungsinteresses	203
2. Stellungnahme	203
G. Schlussbetrachtung	205
Literaturverzeichnis	207

Annex – Vorschriftensammlung	224
A. Rules of Procedure – Amicus Curiae Briefs & Transparency	225
I. Additional Procedure	225
II. Rules of the US Supreme Court	226
III. Bilaterale Abkommen	228
1. Das EG/EFTA – Chile Abkommen	228
2. Abkommen der USA	228
2.1 US-Australia	228
2.2 US-Bahrain	229
2.3 US-CAFTA	229
2.4 US-Chile	230
2.5 US-Colombia	230
2.6 US-Jordan	231
2.7 US-Morocco	231
2.8 US-Peru	232
2.9 US-Singapore	232
3. Abkommen unter den US-Abkommenspartnern	233
3.1 Chile-CAFTA	233
3.2 Singapore-Jordan	234
B. Transparency – Consultations	234
I. EG-Chile	234
II. Consultations – US-Bilaterals	235
1. US-Australia	235
2. US-Bahrain	235
3. US-CAFTA	236
4. US-Colombia	236
5. US-Jordan	237
6. US-Morocco	237
7. US-Peru	238
8. US-Singapore	238
C. Tabellarische Übersicht der von den Abkommen umfassten Sektoren	240